

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg
Dezernat III, Kulturamt

Fachkonferenz "Erinnern"

Informationsvorlage

| Beratungsfolge | Sitzungstermin | Behandlung | Kenntnis genommen | Handzeichen |
|-------------------------------|----------------|------------|---|-------------|
| Kulturausschuss | 21.09.2006 | N | <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein | |
| Bauausschuss | 17.10.2006 | N | <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein | |
| Haupt- und Finanzausschuss | 25.10.2006 | N | <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein | |
| Gemeinderat | 08.11.2006 | Ö | <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein | |

Inhalt der Information:

Der Kulturausschuss, der Bauausschuss, der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen die Information zur Kenntnis.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

Im Hinblick auf die Zielsetzungen des Stadtentwicklungsplans / der Lokalen Agenda nicht von Bedeutung.

Begründung:

Am 14.06.2006 hat die am 16.05.2006 im Arbeitsüberblick angekündigte Fachkonferenz „Erinnern“ stattgefunden. Ziel war es im Hinblick auf das Projekt Stolpersteine in Heidelberg von Einrichtungen und forschenden Einzelpersonen fachlichen Rat einzuholen. Eingeladen waren: die Jüdische Kultusgemeinde, das Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma, die Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, die Universität Heidelberg, das Amt für Baurecht und Denkmalschutz, das Stadtarchiv, die Hochschule für jüdische Studien, der Heidelberger Geschichtsverein, der Förderverein Begegnung, der VVN-Bund der Antifaschisten und Herr Dr. Herbert A. Jung als Heidelberger Bürger, der das Projekt Stolpersteine an die Stadtverwaltung Heidelberg herangetragen hat.

Die Teilnehmer der Fachkonferenz „Erinnern“ haben in einer intensiven und offenen Diskussion die Argumente, die für und gegen das Setzen von „Stolpersteinen“ in Heidelberg sprechen, abgewogen. Zur Sprache kamen dabei die persönliche und im Alltag angesiedelte Form des Erinnerns, aber auch der geringe Informationsgehalt und ästhetische Bedenken. In der Diskussion wurde besonders betont, dass die Betroffenen selbst eine ablehnende Haltung gegenüber dem Projekt Stolpersteine einnehmen und dass dieses Votum nicht übergangen werden sollte. Im Ergebnis wird die Stadt Heidelberg das Projekt Stolpersteine weder aufgreifen noch in anderer Weise unterstützen.

Als Anregung aus der Diskussion ging hervor, dass zum einen das System von Gedenktafeln weiter fortgeführt werden soll. Priorität haben dabei zunächst die Wohnhäuser, in die 1939/40 jüdische Familien durch verschiedene Zwangsmaßnahmen umsiedeln mussten als direkte Vorbereitung der späteren Deportationen. Zum anderen wird darauf hingewiesen, dass für die Neuauflage des „Gedenkbuchs“, an der bereits gearbeitet wird, noch eine Finanzierung gefunden werden muss. Die Diskussion zeigte weiterhin, dass die verschiedenen Vorhaben der Erstellung eines Stadtführers zum Thema „Heidelberg in der Zeit des Nationalsozialismus“ unbedingt zusammengeführt werden sollten. Weiterhin wurde bekräftigt, dass ein großer Bedarf an weiteren wissenschaftlichen Forschungen zur Verfolgung der Sinti und Roma, von Homosexuellen und anderer Verfolgtengruppen besteht. Auch die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Justiz ist noch nicht abgeschlossen.

gez.

Dr. G e r n e r